



Arbeitskreis
Christinnen und Christen
in der SPD



Eine neue Epoche des WIR statt des ICH

10 gute Gründe für Christinnen und Christen
zur Wahl einer sozialen und demokratischen Politik

10 gute Gründe

Vorwort	Seite 4
01 Den Menschen in den Mittelpunkt stellen – verantwortete Freiheit	Seite 6
02 Gute Arbeit sichern – menschen- und familiengerecht	Seite 8
03 Familien stärken	Seite 10
04 Armut wirksam bekämpfen – Aktionsplan gegen Kinderarmut	Seite 12
05 Gleiche Chancen für jedes Kind ermöglichen	Seite 14
06 Die Soziale Marktwirtschaft neu starten – Eigentum verpflichtet	Seite 16
07 Eine Kultur der Anerkennung fördern – ohne Angst verschieden sein können	Seite 18
08 Die solidarische Bürgergesellschaft festigen	Seite 20
09 Eine schöpfungsgerechte Klimapolitik durchsetzen	Seite 21
10 Eine globale Verantwortungsgemeinschaft schaffen – für Gerechtigkeit und Frieden	Seite 22

Liebe Christinnen und Christen,

unser Land steht vor großen Herausforderungen. Gemeinsam müssen wir Antworten auf die globale Wirtschafts- und Finanzmarktkrise finden. Viel steht auf dem Spiel.

Jetzt wird darüber entschieden, ob aus der Krise ein Aufbruch zu mehr Demokratie und mehr Gemeinsamkeit wird. Ob Verantwortungsgefühl und Vernunft wieder die Oberhand gewinnen. Ob wir den Kräften des Marktes tatsächlich klare Regeln und Grenzen setzen, die auch den Entwicklungs- und Schwellenländern gerecht werden. Ob wir ein nachhaltiges Deutschland schaffen, das ein Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Zielen herstellt. Ob nur die Starken mit Geld und Einfluss sich durchsetzen oder ob die Schwachen echte Chancen bekommen, stark zu werden. Jetzt geht es darum, ob die Menschen im Mittelpunkt stehen oder der Profit.

Die Kirchen haben in den letzten Wochen einen einschneidenden Mentalitätswechsel in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gefordert. „Aus dem geforderten Umschwung muss eine Umkehr werden“, so der Rat der EKD in seinem jüngsten Wort „Wie ein Riss in einer hohen Mauer“ (S.5).

Bei der Wende hin zu einer nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise geht es um Gerechtigkeit – in Deutschland, in Europa, weltweit. Für Christinnen und Christen ist sie Ziel und innerer Maßstab von Politik, wie Papst Benedikt XVI. in seiner Enzyklika „Deus Caritas Est“² festgehalten hat. Orientierungspunkte sind Gottes gute Schöpfung, die Würde des Menschen, die ihre Wurzel in seiner Gottebenbildlichkeit hat, und das Gebot der Nächstenliebe.

Die Antwort auf die Krise muss in einer Politik liegen, die Freiheit als verantwortete Freiheit versteht, weil sie will, dass alle Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen können. Die sich den Grundsätzen der Fairness und Solidarität verpflichtet fühlt. Die Ökonomie mit der weltweiten Bekämpfung der Armut und Klimagerechtigkeit zusammen denkt.

Als Christinnen und Christen in der SPD sind wir überzeugt, dass dies eine soziale und demokratische Politik sein muss. 10 gute Gründe stellen wir im Folgenden vor, indem wir Kernpunkten aus dem Regierungsprogramm der SPD Positionen und Forderungen gegenüber stellen, die in den Kirchen diskutiert werden. Lassen Sie uns darüber ins Gespräch kommen!

Denn als Christinnen und Christen müssen wir uns einmischen. Unser Glaube gibt uns den Auftrag und die die Zuversicht zum Handeln. Nichts anderes besagt das Wort Jesu (Mt 5,33) „Euch aber muss es zuerst um sein Reich und um seine Gerechtigkeit gehen; dann wird euch alles andere dazugegeben.“



Kerstin Griese ■ Benno Haunhorst ■ Dietmar Kehlbreier ■ Wolfgang Thierse
*Sprecherin und Sprecher des Arbeitskreises Christinnen und Christen in der SPD
Berlin, im August 2009*

1) „Wie ein Riss in einer hohen Mauer.“ Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, hg. vom Kirchenamt der EKD, 2009.
2) Enzyklika DEUS CARITAS EST von Papst Benedikt XVI. über die christliche Liebe, hg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, 2005.

01

Den Menschen in den Mittelpunkt stellen – verantwortete Freiheit

Mit dem Grundgesetz haben wir eine demokratische Verfassung, die ein lebendiges, forderndes und humanes Fundament unseres Zusammenlebens ist. Dahinter darf niemand zurück. Klarer und besser geht es nicht:

- Die Würde des Menschen ist unantastbar.
- Die Freiheit der Person ist unverletzlich.
- Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
- Männer und Frauen sind gleichberechtigt.
- Jeder hat das Recht, seine Meinung frei zu äußern.
- Eigentum verpflichtet.
- Wir sind ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen ein Land und eine Gesellschaft, die nach den Regeln des Grundgesetzes leben und die diesen Regeln Achtung verschaffen, wo es sich als nötig erweist.

„Der Einsatz für Menschenwürde und Menschenrechte, für Gerechtigkeit und Solidarität ist für die Kirche konstitutiv und eine Verpflichtung, die ihr aus ihrem Glauben an Gottes Solidarität mit den Menschen und aus ihrer Sendung, Zeichen und Werkzeug der Einheit und des Friedens in der Welt zu sein, erwächst.“

Das halten die evangelische und die katholische Kirche in ihrem großen Gemeinsamen Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland von 1997 in aller Deutlichkeit fest (Nr. 101¹).

Das christliche Menschenbild und das Gebot der Nächstenliebe verbieten bloßen Egoismus, weil sie den Blick immer schon auf den Anderen lenken. Freiheit muss deshalb immer verantwortete Freiheit sein. „*Freiheit, die von der Verantwortung entkoppelt ist, zerstört sich am Ende selbst*“, heißt es im Wort der EKD zur Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2009 (S. 15²).

Die Kirchen wollen selbst keine Politik machen, wohl aber durch ihre Stellungnahmen Politik möglich machen. Der Grund liegt in der christlichen Hoffnung selbst. Sie „*macht fähig, im Raum des Vorletzten das, was unvollkommen bleibt, auszuhalten und zu würdigen. Sie gibt keine detaillierten Handlungsanweisungen, sie nimmt aber in Verantwortung für die Welt und den Menschen. Sie gibt Licht und Kraft, Mut und Zuversicht, sich unter den Bedingungen und in den Verhältnissen dieser Welt für eine menschenwürdige, freie, gerechte und solidarische Ordnung einzusetzen. Dieser Einsatz im Horizont des Reiches Gottes heißt, Zeugnis zu geben von der Würde des Menschen.*“ (Gemeinsames Wort, Nr. 94)

Für Christinnen und Christen gehören Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zusammen. Das ist auch die Grundüberzeugung, die die Sozialdemokratie vereint.

1) Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, 1997.
2) „Wie ein Riss in einer hohen Mauer.“ Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, hg. vom Kirchenamt der EKD, 2009.

Gute Arbeit sichern – menschen- und familiengerecht

Arbeit ist die Grundlage unseres Wohlstandes. Wir sind die Partei der Arbeit. Wir haben Grundsätze, die der zentralen Bedeutung der Arbeit entsprechen:

- Wer sich anstrengt, muss etwas davon haben. Leistung muss sich lohnen – diese Forderung ist für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer richtig.
- Wer sich Mühe gibt, muss damit sein Leben verbessern können und darf nicht auf unüberwindbare Hürden stoßen. Das Aufstiegsversprechen unserer Gesellschaft gilt.
- Niemand darf am Wegesrand zurückbleiben. Wir stehen solidarisch füreinander ein und helfen denen, die nicht mit Arbeit allein ihr Leben bestreiten können.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass alle Menschen Arbeit haben. Wir kämpfen für einen gesetzlichen Mindestlohn und für Vollbeschäftigung. Unser Ziel ist Gute Arbeit. Sie muss fair bezahlt sein, darf nicht krank machen, muss Möglichkeiten zur Weiterbildung eröffnen und familienfreundlich gestaltet sein.

Sozial ist, was gute Arbeit schafft.

02

Diesem Ziel, weit über den Tag und über eine Wahlperiode hinaus, dient der „Deutschlandplan“ von Frank-Walter Steinmeier: Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen sich nicht abfinden mit der Massenarbeitslosigkeit – gegen den resignativen Zynismus vieler setzen wir eine Vision, für die wir leidenschaftlich arbeiten wollen. Wir formulieren kein haltloses Versprechen, sondern eine anspruchsvolle, aber realisierbare Aufgabe. Die Heilung der schmerzlichsten Wunde, der Massenarbeitslosigkeit, ist möglich!

„Aus christlicher Sicht ist das Menschenrecht auf Arbeit unmittelbarer Ausdruck der Menschenwürde.“ (Gemeinsames Wort, Nr. 152¹⁾ Es gehört zur Grundüberzeugung der Soziallehre der Kirchen, dass Arbeit Vorrang hat vor dem Kapital. Dass Eigentum dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Dass es starke Arbeitnehmerrechte geben muss.

Denn auch in Zukunft wird die Erwerbsarbeit für die meisten Menschen den bei weitem wichtigsten Zugang zu eigener Lebensvorsorge und zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben schaffen. Gerade deshalb ist Arbeitslosigkeit „auf Dauer die entscheidende Beeinträchtigung gerechter Teilhabe und führt zu massiver Erfahrung von Ausgrenzung“. (Armutsdenkschrift der EKD, Nr. 9²⁾

Die Arbeit muss der Würde des Menschen entsprechen. Würde der Arbeit bedeutet, so Papst Benedikt XVI., „eine frei gewählte Arbeit, die die Arbeitnehmer, Männer und Frauen, wirksam an der Entwicklung ihrer Gemeinschaft teilhaben lässt; eine Arbeit, die auf diese Weise den Arbeitern erlaubt, ohne jede Diskriminierung geachtet zu werden; eine Arbeit, die es gestattet, die Bedürfnisse der Familie zu befriedigen und die Kinder zur Schule zu schicken, ohne dass diese selber gezwungen sind zu arbeiten; eine Arbeit, die den Arbeitnehmern erlaubt, sich frei zu organisieren und ihre Stimme zu Gehör zu bringen; eine Arbeit, die genügend Raum lässt, um die eigenen persönlichen, familiären und spirituellen Wurzeln wiederzufinden; eine Arbeit, die den in die Rente eingetretenen Arbeitnehmern würdige Verhältnisse sichert.“ (Caritas in Veritate, Nr. 63³⁾

Gut ist also nicht einfach, was Arbeit schafft. Gut ist, was gute Arbeit schafft.

1) Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, 1997.

2) Gerechte Teilhabe. Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Armut in Deutschland, hg. vom Kirchenamt der EKD, 2006.

3) Enzyklika CARITAS IN VERITATE von Papst Benedikt XVI. über die ganzheitliche Entwicklung des Menschen in der Liebe und in der Wahrheit, hg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, 2009.

03

Familien stärken

In der Familie gilt das Prinzip der Solidarität: Menschen verschiedener Generationen kümmern sich umeinander. Jeder steht für den anderen ein. Diese Solidarität verdienen Familien auch von der Gesellschaft.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen Familien stärken. Sie sind die wichtigste soziale Einheit in unserer Gesellschaft. Wir wollen die Bedingungen so gestalten, dass der Zusammenhalt zwischen den Generationen tragfähig ist.

Familien brauchen verlässliche Strukturen. Sie sollen sozial sicher sein, die Eltern sollen Kinder und Beruf gut miteinander verbinden können. Die Kinder müssen geschützt sein. Die Lage der Alleinerziehenden wollen wir deutlich verbessern.

Wir wollen eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft.

„In der Familie erfahren Menschen Erfüllung, geschieht die personale Entfaltung von Kindern, werden soziale Verantwortung und Solidarität eingeübt, Erfahrungen und Traditionen weitergegeben.“ (Gemeinsames Wort, Nr. 192¹).

„In der Familie kreuzen sich die Linien von Geschlechter- und Generationengerechtigkeit.“ (ZdK, Familienpolitik, S.7²).

Kirchen und Sozialdemokratie verbindet das Ziel, die Arbeitswelt und die Gesellschaft insgesamt kinder- und familienfreundlicher zu gestalten. Das gilt um der Männer und Frauen willen, die ihren Wunsch nach Kindern und nach Familie leben möchten. Das gilt aber auch um der Gesellschaft willen. Denn „in der Familie gleich welcher Sozialgestalt werden Werte vermittelt, die für die Teilhabe an der Gesellschaft entscheidend sind.“ (Armutsdenkchrift, Nr. 122³)

Deshalb fordern auch die Kirchen eine entscheidende Verbesserung der Situation von Familien, den Abbau struktureller Benachteiligungen, die Gleichberechtigung von Mann und Frau und eine bessere Förderung von Alleinerziehenden. Eindringlich warnen sie vor den Folgen einer Aushöhlung der Solidaritätsform Familie. Zentrale Forderung ist dabei: Nicht die Familie muss arbeitsweltgerecht werden, sondern die Arbeitswelt muss familiengerecht werden.

1) Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, 1997.

2) Familienpolitik: geschlechter- und generationengerecht. Erklärung der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken vom 21. Mai 2008.

3) Gerechte Teilhabe. Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Armut in Deutschland, hg. vom Kirchenamt der EKD, 2006.

Armut wirksam bekämpfen – Aktionsplan gegen Kinderarmut

Arbeitslosigkeit darf nicht zu Armut führen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden die Regelsätze des ALG II weiter überprüfen und gegebenenfalls anpassen sowie eigenständige, bedarfsgerechte Kinderregelsätze durch eine zielgenauere Bedarfsermittlung verbessern.

Voraussetzung für armutsfeste Renten sind existenzsichernde Löhne und eine möglichst ungebrochene Erwerbsbiographie – für Männer und Frauen. Deshalb setzen wir uns für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn ein.

Kein Kind soll in Armut aufwachsen. Das ist leider noch nicht Realität. Deshalb werden wir einen Aktionsplan gegen die Armut von Kindern und Jugendlichen umsetzen, in dem wir Maßnahmen aus allen Politikbereichen zu einer integrierten Strategie bündeln.

Wir stehen zu unserer Zusage, bis 2010 0,51% und bis 2015 0,7% des Bruttoinlandsproduktes für die weltweite Bekämpfung von Armut und Hunger zur Verfügung zu stellen.

04

Der Sozialstaat hat die Aufgabe, „das soziokulturelle Existenzminimum aller Menschen zu gewährleisten und den Leistungsberechtigten die Führung eines menschenwürdigen Lebens zu ermöglichen.“ (Armutsdenkschrift, Nr. 21¹⁾)

Armut ist nicht nur materielle Armut. Auch mangelnde Teilhabe an der Gesellschaft oder gar der Ausschluss aus ihr sind Armut. Im Blick der Kirchen ist vor allem das drängende Problem der Kinderarmut, aber auch die schwierige Situation von Alleinerziehenden und beruflich schlechter Qualifizierten.

Den Schlüssel zur Überwindung von Armut sehen auch die Kirchen in Bildung und Arbeit. „Umfassende Teilhabe der Ärmern realisiert sich unter den Bedingungen moderner Gesellschaften vor allem in der Teilhabe am Arbeitsmarkt. Insofern ist Arbeitsmarktpolitik der Kern guter Sozialpolitik“, heißt es in der Armutsdenkschrift der EKD (Nr. 79).

Gerade weil Armut nicht auf materielle Aspekte begrenzt ist, dürfen Verteilungs- und Befähigungsgerechtigkeit nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Die biblische Option für die Armen als Leitmotiv gesellschaftlichen Handelns macht auch nicht an den Landesgrenzen Halt. Sie will gerechte Teilhabe für alle Menschen. Daher fordern die Kirchen bei der Armutsbekämpfung mit Nachdruck Zusagen der Entwicklungshilfe und die Einhaltung der Millenniumsziele ein.

¹⁾ Gerechte Teilhabe. Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Armut in Deutschland, hg. vom Kirchenamt der EKD, 2006.

Gleiche Chancen für jedes Kind ermöglichen

Jedes Kind muss unabhängig von seiner sozialen Herkunft von Beginn an gefördert werden. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen allen Kindern gute und gleiche Chancen auf Bildung, Teilhabe und Entwicklung geben, damit sie gut aufwachsen können.

Gemeinsam mit Ländern und Kommunen setzen wir uns für integrative Schulformen und den Ausbau von Ganztagschulen ein. Wir stehen für eine gebührenfreie Bildung vom Kindergarten bis zur Hochschule. Und wir wollen Jugendlichen das Recht geben, einen Schulabschluss nachzuholen.

Bildung ist ein Menschenrecht. Jeder Mensch hat das gleiche Recht auf eine gute Bildung – als Grundlage für ein erfülltes Leben und als Eintrittskarte für gute, qualifizierte Arbeit. Das gilt unabhängig von der Herkunft, unabhängig vom Einkommen der Eltern.

Faire Bildungschancen für alle sind die Grundlage für soziale Gerechtigkeit überhaupt. Kein Kind darf von der Gesellschaft zurückgelassen werden.

05

„Kinder brauchen frühe und intensive Förderung, denn eine gute Bildung und Ausbildung ebnet ihnen den Weg in die Zukunft.“ (Armutsdenkschrift, Nr. 126¹)

Die Kirchen unterstreichen das Menschenrecht auf Bildung, nicht verengt auf Ausbildung, sondern verstanden als „Zusammenhang von Lernen, Wissen, Können, Wertbewusstsein, Haltungen (Einstellungen) und Handlungsfähigkeit im Horizont sinnstiftender Deutungen des Lebens.“ (vgl. dort, Nr. 105)

Eine vorsorgende Bildungs(sozial)politik, wie die Kirchen sie fordern, sieht also „Bildung als Schlüssel zur Welt. Sie muss dazu beitragen, die (neuen) Risiken von Armut und Ausschluss zu minimieren.“ (ZdK, Lernen und Arbeiten im Lebenslauf, S. 14²)

Unter grundsätzlichen Gerechtigkeitserwägungen fordern sie deshalb, den engen Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft zu durchbrechen; Kinder von klein auf zu fördern; unter dem Aspekt der Schaffung eines sozial gerechten und armutsverringernenden Bildungssystems das dreigliedrige Schulsystem zu hinterfragen und Hochschulbildung auch Kindern aus bildungsfernen Familien zu ermöglichen.

In der Verwirklichung dieser Ziele sind die Kirchen Partnerinnen der Politik: als Trägerinnen von Schulen und Bildungseinrichtungen, in regionalen Bündnissen gegen Armut für Bildung, in Projekten und Initiativen von Gemeinden, Diakonie, Caritas und kirchlichen Verbänden.

1) Gerechte Teilhabe. Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Armut in Deutschland, hg. vom Kirchenamt der EKD, 2006.

2) Lernen und Arbeiten im Lebenslauf. Erklärung der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken vom 18. November 2005.

Die Soziale Marktwirtschaft neu starten – Eigentum verpflichtet

Die Soziale Marktwirtschaft ist das Erfolgsmodell unseres Wohlstands und unserer Demokratie. Sie hat Deutschland stark gemacht und sie kann es auch in Zukunft tun.

Aber sie muss neu gestartet werden. Die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft muss eine Antwort auf den entfesselten Kapitalismus des 21. Jahrhunderts sein.

Soziale Marktwirtschaft bedeutet für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mehr als Ordnungspolitik. Märkte müssen in eine starke und solidarische Gesellschaft eingebettet sein. Unternehmerische Freiheit und soziale Verantwortung gehören in einer sozialen Marktwirtschaft untrennbar zusammen. Sozial und ökologisch nachhaltiges Verhalten müssen sich mehr auszahlen als nicht nachhaltiges Verhalten.

Demokratische Politik muss den Akteurinnen und Akteuren des Marktes wieder klare Regeln und Grenzen setzen. Ohne rechtlichen und sozialen Rahmen, ohne ethisches Fundament wirkt der Markt asozial. Das hat die Krise gezeigt.

Die Wirtschaft ist für die Menschen da und nicht umgekehrt.

06

„Grundlegend muss die Erneuerung der wirtschaftlichen Ordnung auf die Weiterentwicklung zu einer sozial, ökologisch und global verpflichteten Marktwirtschaft zielen.“ Das forderte schon das Gemeinsame Wort der beiden Kirchen (Nr. 11¹). Die Schrift der Deutschen Bischofskonferenz „Das Soziale neu denken“² trägt die Forderung nach Weiterentwicklung im Titel, und jüngst erneuerte sie die EKD in ihrem Wort zur globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise.³

Ein „Weiter so!“ verbietet sich also auch für die Kirchen angesichts der Herausforderungen der gegenwärtigen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise sowie des Klimawandels. Sie fordern, globale Rahmenbedingungen für ein soziales und nachhaltiges Wirtschaften weltweit zu vereinbaren und die dafür nötigen Regelungen durchzusetzen.

Der Erfolg hängt aus ihrer Sicht wesentlich von der moralischen Prägung und dem ethischen Verhalten der Verantwortungsträger ab. Denn *„eine sozial, ökologisch und global verpflichtete Marktwirtschaft ist moralisch viel anspruchsvoller, als im allgemeinen bewusst ist. Die Strukturen müssen, um dauerhaften Bestand zu haben, eingebettet sein in eine sie tragende und stützende Kultur. ... Es ist eine kulturelle Aufgabe, dem Eigennutz eine gemeinwohlverträgliche Gestalt zu geben.“* (Gemeinsames Wort, Nr. 12)

Viel steht auf dem Spiel. Entfele die gesellschaftliche Einbettung der Sozialen Marktwirtschaft, würden aus Sicht der Kirchen die demokratische Entwicklung, die soziale Stabilität, der innere Friede und das im Grundgesetz verankerte Ziel der sozialen Gerechtigkeit gefährdet.

1) Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, 1997.

2) Die deutschen Bischöfe – Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen, Das Soziale neu denken, hg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, 2003.

3) „Wie ein Riss in einer hohen Mauer.“ Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, hg. vom Kirchenamt der EKD, 2009.

Eine Kultur der Anerkennung fördern – ohne Angst verschieden sein können

Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der man ohne Angst verschieden sein kann, in der alle frei und gleichwertig sind, mit gleichen Chancen und Möglichkeiten. Wir brauchen eine Kultur der Anerkennung.

Alle Formen der Diskriminierung, ob wegen ethnischer Herkunft, Geschlecht, Religion und Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Identität, bekämpfen wir.

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Einwanderer haben mitgeholfen, unser Land erfolgreich zu machen. Jetzt ist es an der Zeit, mit deren Kindern und Enkeln ein modernes, gemeinsames Deutschland zu schaffen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen Einwanderer in ihrem Mut stärken, in Deutschland ihre Heimat zu finden, und sie in ihren Anstrengungen fördern, an der gemeinsamen Kultur in unserem Land teilzuhaben.

Wir erleichtern den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit für Menschen, die in unserem Land geboren sind oder seit langem mit uns zusammenleben. Doppelte Staatsbürgerschaft akzeptieren wir. Für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger, die seit sechs Jahren in Deutschland leben, werden wir das kommunale Wahlrecht durchsetzen.

07

„Liebe deinen Nächsten wie Dich selbst, denn er ist wie du“ – dieses biblische Gebot und die Erfahrung von Exil und Neubeginn bilden den Kern der jüdischen und christlichen Glaubenserfahrung. Den Anderen anzuerkennen und dem Fremden Rechte zu gewähren, gehört zu den Grundforderungen des biblischen Glaubens.

Jeder Form von Diskriminierung entgegen zu treten, ist deshalb eine Konsequenz aus dem biblischen Menschenbild, das jeden Menschen als Geschöpf Gottes sieht.

Aus dem Leitgedanken einer Option für die Benachteiligten, vor allem aber aus der biblischen Verpflichtung gegenüber dem Fremden heraus setzen sich die Kirchen für die Rechte von Migrantinnen und Migranten ein und fordern wie die SPD ein Ende der Kettenduldung, also des unsicheren Aufenthaltsstatus' von Flüchtlingen, deren Abschiebung aus humanitären Gründen lediglich immer wieder ausgesetzt wird.

Die Kirchen leisten selbst in ihren Gemeinden, Institutionen und Verbänden einen wichtigen Beitrag zur Integration. Darüber hinaus machen sie auf die Notwendigkeit einer global ansetzenden, internationalen Migrationspolitik aufmerksam, vor allem angesichts der Tatsache, dass Migration durch den Klimawandel weiter massiv verstärkt wird.

Die solidarische Bürgergesellschaft festigen

Der Sozialstaat braucht Menschen, die füreinander eintreten.

Bürgerschaftliches Engagement ist für uns unverzichtbar, wenn es darum geht, Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Eigenverantwortung und Teilhabe in unserer Gesellschaft zu aktivieren und zu pflegen. Wir setzen weiter auf die Vielfalt des Engagements in Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Selbsthilfegruppen, Stiftungen, Freiwilligendiensten, Netzwerken und anderen Organisationen.

Wir werden die Rahmenbedingungen und die finanzielle Unterstützung für Ehrenamtliche weiter verbessern. Jugendfreiwilligendienste wollen wir stärken, um mittelfristig jedem Jugendlichen einen Platz anbieten zu können.

Eine solidarische Bürgergesellschaft ist ohne den Einsatz von Kirchen und Religionsgemeinschaften nicht denkbar. Sie sind für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zugleich wichtige Partner auf dem Weg zu einer humanen Gesellschaft und im ethischen Diskurs.

08

„Solidarität bedeutet vor allem, dass sich alle für alle verantwortlich fühlen, und daher kann sie nicht allein dem Staat übertragen werden.“ (Benedikt XVI., Caritas in Veritate, Nr. 38¹)

Aus dem Glauben heraus sehen sich Christinnen und Christen zum Engagement herausgefordert. *„Es gibt keinen Markt der Unentgeltlichkeit, und eine Haltung der Unentgeltlichkeit kann nicht per Gesetz verordnet werden. Dennoch brauchen sowohl der Markt als auch die Politik Menschen, die zur Hingabe aneinander bereit sind.“* (Vgl. dort, Nr. 39) Es geht um eine *„Kultur der Barmherzigkeit, die in dem von Gott gegebenen Auftrag wurzelt, den Nächsten wie sich selbst zu lieben.“* (Armutsdenschrift der EKD, Nr. 140²)

Die Kirchen treten entsprechend dem Prinzip der Subsidiarität für die Stärkung der solidarischen Bürgergesellschaft ein, warnen aber vor einem Abwälzen sozialstaatlicher Verantwortung durch die Forderung nach subsidiärer Wahrnehmung sozialer Aufgaben: *„Subsidiarität und Solidarität, Subsidiarität und Sozialstaat gehören ... zusammen. Subsidiarität heißt: zur Eigenverantwortung befähigen. Subsidiarität heißt nicht: den einzelnen mit seiner sozialen Sicherung allein lassen.“* (Gemeinsames Wort, Nr. 27³)

Sie selbst leisten wichtige Beiträge für die solidarische Bürgergesellschaft. Kirchengemeinden, kirchliche Gruppen und Verbände führen Solidaritätsaktionen durch. Sie entwickeln neue Formen des ehrenamtlichen Engagements. Allein in den beiden kirchlichen Wohlfahrtsverbänden engagieren sich hunderttausende von Frauen und Männern ehrenamtlich. Kirchliche Akademien, Katholiken- und Kirchentage sind eigene Orte zivilgesellschaftlicher Diskussion und Erfahrung.

1) Enzyklika CARITAS IN VERITATE von Papst Benedikt XVI. über die ganzheitliche Entwicklung des Menschen in der Liebe und in der Wahrheit, hg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, 2009.

2) Gerechte Teilhabe. Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität. Eine Denschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Armut in Deutschland, hg. vom Kirchenamt der EKD, 2006.

3) Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, 1997.

Eine schöpfungsgerechte Klimapolitik durchsetzen

Die Antwort der SPD auf die weltweite Finanzkrise und die Klima- und Umweltkrise ist der bewusste Wandel hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft.

Unser Konzept ist das der ökologischen Industriepolitik. Sie stellt die industrielle Struktur unserer Ökonomie auf die knapper werdenden Ressourcen ein und die stoffliche Basis unserer Industrie in wichtigen Bereichen auf nachhaltige Technologien und nachwachsende Rohstoffe um.

Ökologische Industriepolitik heißt: „Weg vom Öl“. Im Jahr 2020 wollen wir mindestens 35% der Stromerzeugung auf Erneuerbare Energien umgestellt haben; 2030 soll der Anteil schon bei 50% liegen. Wir wollen bis 2021 ganz aus der Atomenergie aussteigen. Unser Ziel ist, den CO₂-Ausstoß in Deutschland bis 2020 gegenüber 1990 um mindestens 40% zu senken. Bis 2020 wollen wir auch die Energieproduktivität gegenüber 1990 verdoppeln.

Wir wollen Entwicklungsländer beim Zugang zu moderner, nachhaltiger Energieversorgung unterstützen. Die Herstellung von Agrartreibstoffen darf die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln nicht gefährden.

09

„Ein umfassender Mentalitätswandel ist unabdingbar. Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Verteilungsgerechtigkeit müssen für den Umgang mit den natürlichen Ressourcen handlungsleitend sein.“ (Klimadenkschrift der EKD, S. 151¹⁾)

Entscheidend wird sein, wie ökonomische Interessen, die grundlegenden Lebensbedürfnisse einer wachsenden Zahl von Menschen und die Erhaltung der natürlichen Ressourcen für die gegenwärtig Lebenden und für kommende Generationen miteinander in Einklang gebracht werden können. (Vgl. dort, S. 17)

Im Zentrum steht für die Kirchen eine nachhaltige Klimapolitik. 2008 hatten schon die Synode der EKD und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken ein Festhalten am Atomausstieg gefordert. Die Klimadenkschrift der EKD bekräftigt: Der zukunftsfähigste Weg aus der Klima- und Energiekrise liegt im Ausstieg aus fossilen und atomaren Energien. Gefordert ist eine Klimapolitik, die von gleichen Emissionsrechten für alle ausgeht; die nicht nur Ziele für die Verringerung der Treibhausgasemissionen bis 2050, sondern auch anspruchsvolle quantifizierte Ziele für 2020 setzt; und die klare Zusagen an die Entwicklungsländer für die Entwicklung einer nachhaltigen Energieversorgung und Maßnahmen des Klimaschutzes macht. Eine gesicherte Treibstoffversorgung in Ländern wie Deutschland darf nicht zu Lasten der Ernährungssicherheit der Menschen andernorts gehen.

Mit ihren Forderungen nach einer schöpfungsgerechten Klimapolitik sind die Kirchen wichtige Bündnispartner für die Entwicklung einer nachhaltigen Wirtschaft.

1) Umkehr zum Leben. Nachhaltige Entwicklung im Zeichen des Klimawandels. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, 2009.

Eine globale Verantwortungsgemeinschaft schaffen – für Gerechtigkeit und Frieden

10

Die Globalisierung der Märkte verlangt nach gemeinsamer politischer Gestaltung und fairen Regeln. Dazu brauchen wir eine starke Europäische Union, eine Erneuerung der transatlantischen Beziehungen, aber auch die partnerschaftliche Einbeziehung der neuen wirtschaftlichen und politischen Kraftzentren Asiens, Lateinamerikas und Afrikas.

Wir wollen die Vereinten Nationen stärken, die weltweite Finanzarchitektur neu ordnen, einen freien und fairen Welthandel fördern, die G8 um wichtige Schwellenländer erweitern, Frauen- und Menschenrechte stärken, das Instrument der Menschenrechtsdialoge auf nationaler und europäischer Ebene ausbauen.

Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle sind für uns zentrale Überlebensfragen von morgen. Unser Ziel bleibt eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen. Rüstungsexporte in Krisengebiete und eine Aufweichung der rüstungsexportpolitischen Grundsätze lehnen wir ab.

„In der Perspektive einer christlichen Ethik muss ... alles Handeln in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft an der Frage gemessen werden, inwiefern es die Armen betrifft, ihnen nützt und sie zu eigenverantwortlichem Handeln befähigt.“ (Gemeinsames Wort, Nr. 107¹)

Um des Friedens und der Gerechtigkeit für alle Menschen willen bedarf es aus der Sicht der Kirchen einer Neuordnung der internationalen Finanzmärkte und globaler Anstrengungen gegen die weltweite Armut. In der Entwicklungspolitik treten sie mit Nachdruck für die Rechte der Armen auf gleichberechtigte Teilhabe an den Gütern der Erde ein und machen Menschenrechtsverletzungen öffentlich.

Die Kirchen fordern beharrlich den Verzicht auf Atom- und Massenvernichtungswaffen und weisen auf die Gefahr der Verbreitung von Kleinwaffen hin. Rüstungsexporte in Krisengebiete lehnen sie entschieden ab und fordern dies auch von der Bundesregierung.

Mit ihren großen Hilfswerken sind sie unverzichtbare Partnerinnen der Entwicklungszusammenarbeit. Durch die großen Aktionen zur Advents- und Fastenzeit von „Brot für die Welt“, „Misereor“ und „Adveniat“ stärken sie in Deutschland das Bewusstsein für weltweite Solidarität.

3) Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, 1997.

Kontakt und weitere Informationen

Das vollständige Regierungsprogramm der SPD, den „Deutschlandplan“ von Frank-Walter Steinmeier und alles rund um die Ziele der SPD finden Sie unter **www.spd.de**

Über den Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD können Sie sich informieren unter **www.ak-christen.spd.de**

Oder wenden Sie sich direkt an uns!

Referat Kirchen und Religionsgemeinschaften beim Parteivorstand der SPD/
Geschäftsführung des Arbeitskreises Christinnen und Christen in der SPD

Dagmar Mensink
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin
Dagmar.Mensink@spd.de

Titelbild: Photothek
Artikelnummer: 3000675

*„Es geht um eine neue Epoche des WIR statt einer Epoche des ICH.“
So hat es Erhard Eppler formuliert. Und er hat dafür ein Bild aus der Bibel parat:
„Paulus hat gesagt: Einer trage des anderen Last.“ (Galater 6,2)
Marktliberal gesehen ist das völliger Unsinn. Aber darin steckt eine Botschaft.
Und wir werden an diese Botschaft appellieren.*

Frank-Walter Steinmeier, 17. Juni 2009

